

**Alles tun für mehr Strom!
Pflichtlager in der Schweiz ausbauen!
Krisenstab und Stromgeneral einsetzen!
Notfallpläne auf Tauglichkeit überprüfen!**



**Kurzpositionspapier der
Schweizerischen Volkspartei**

September 2022

«Gletscher-Initiative» und Gegenvorschlag wollen Heizöl, Gas, Diesel und Benzin als Energieträger verbieten. Das heisst massiv mehr Strombedarf, obwohl wir heute schon zu wenig Strom haben!

Ausgangslage: Schon in diesem Winter droht der Schweiz eine Strommangellage. Dies ist die Folge einer gescheiterten linksgrünen Energiestrategie¹. Kurz zusammengefasst: Solange nicht genügend Strom zu bezahlbaren Preisen gespeichert werden kann, fehlt es unserem Land massiv an genügend Winterstrom. Die Folgen sind verheerend: Es drohen Kälte, Chaos, Hunger, Arbeitslosigkeit und Wohlstandsverlust. UVEK-Vorsteherin Simonetta Sommaruga (SP) wäre zuständig für eine ausreichende Stromversorgung in die Schweiz. Statt ihrem Auftrag nachzukommen, lenkt sie mit peinlichen Spar-Debatten ab («zu zweit duschen»).

Alles tun für mehr Strom!

-Zulassung aller Notstrom-Aggregate.

Private Unternehmen könnten ihre Notstromaggregate bereits reduziert laufen lassen und damit rund 10% der inländischen Stromproduktion (rund 1000 Megawatt) liefern und damit die drohende Strommangellage abwenden. Dies entspricht der Leistung des Kernkraftwerkes Gösgen!

Was ist zu tun? Der Bundesrat bzw. die zuständige UVEK-Vorsteherin Simonetta Sommaruga muss unverzüglich alle gesetzlichen Hindernisse für den Betrieb dieser privaten Notstromaggregate aus dem Weg räumen: die spezifischen Emissionsgrenzwerte für Notstromaggregate in den einschlägigen Verordnungen, die Aufhebung einer allfälligen Bewilligungspflicht für Notstromanlagen, vereinfachte baurechtliche Bestimmungen bspw. über die Kaminhöhe, vereinfachte Bestimmungen bezüglich Abnahme, Betrieb und Wartung usw.

-Restwassermenge reduzieren

Es gibt rund 1300 Wasserkraftwerke in der Schweiz. Diese müssen eine erhebliche Menge Wasser ableiten. Diese sogenannte «Restwassermenge» fehlt bei der Stromproduktion.

Was ist zu tun? Die Schäden einer Strommangellage sind auch für die Umwelt wesentlich gravierender als die kurzfristige Reduzierung der Restwassermenge. Damit könnte die Stromproduktion um rund 600 GWh erhöht werden. Der Bundesrat soll von dieser Möglichkeit, die das Gewässerschutzgesetz bietet, in Notlagen Gebrauch machen.

-Bau von Reservekraftwerken

Anfang September meldete der Bund die Beschaffung von acht mobilen Gasturbinen mit einer Leistung von rund 250 Megawatt. Diese sollen in Birr (AG) aufgebaut werden und gegen «Ende des Winters 2022/23» zur Verfügung stehen².

¹ Medienmitteilung und Positionspapier der SVP Schweiz. Energie-Krise: Der Geheim-Plan der Linken und Grünen geht auf. 21.07.2022. <https://www.svp.ch/news/artikel/medienmitteilungen/energie-krise-der-geheim-plan-der-linken-und-gruenen-geht-auf/>

² Medienmitteilung Bundesamt für Energie, 02.09.2022

- **Was ist zu tun?** Der Bundesrat hat alles in Bewegung zu setzen, dass die Gasturbinen rechtzeitig fertiggestellt werden. Reservekraftwerke brauchen Infrastruktur: Grosse Tanklager, Logistik, Versorgung mit Öl. Der Bundesrat hat dafür zu sorgen, dass die nötigen logistischen Vorkehrungen bereits jetzt eingeleitet werden.

-Verbandsbeschwerderecht sistieren und Wasserkraftprojekte vorantreiben

Im Dezember 2021 haben sich die Energiebranche und drei grosse Umweltverbände darauf geeinigt, 15 Wasserkraftprojekte prioritär voranzutreiben. Der Ausbau der Grimsel-Staumauer ist seit fast zwanzig Jahren blockiert – durch die gleichen linksgrünen Kreise, die Heizöl, Diesel und Benzin verbieten und Kernkraftwerke abstellen wollen. Gleichzeitig verhindern sie den Ausbau der wichtigsten erneuerbaren Energie in der Schweiz.

Was ist zu tun: Das Verbandsbeschwerderecht ist im Bereich Wasserkraft zu sistieren, bis die Stromversorgung in der Schweiz wieder sichergestellt ist.

Die weiteren Schritte: Ausschreibung eines Gaskombikraftwerks, sofortige Aufhebung aller Technologieverbote.

Pflichtlager in der Schweiz ausbauen!

Die Corona-Pandemie zeigte, dass der Bund seine Pflichtlagerhaltung sträflich vernachlässigt hatte. Die Energiekrise ist absehbar. Umso dringlicher sollte der Bund seine Pflichtlager darauf vorbereiten.

Was ist zu tun? Pflichtlager sind aufzufüllen und aufzustocken – insbesondere für die geplanten Reservekraftwerke. Das nötige Benzin/Heizöl/Diesel/Gas für die Reservekraftwerke sind vertraglich abzusichern.

Die Schweizer Gas-Lager befinden sich im Ausland. Der Bundesrat muss den Zugang absichern und möglichst bald nationale Gaslager erstellen. Die in der Schweiz vorhandenen Gasvorkommen sind zu prüfen und mindestens als strategische Reserve zu erschliessen.

Krisenstab und Strom-General einsetzen

Was die SVP Schweiz schon an ihrer Kadertagung und der Delegiertenversammlung Anfang Januar (und lange vor dem Ukraine-Krieg) feststellte: Die Energiestrategie 2050 ist gescheitert, die Schweiz schlittert in eine Katastrophe. Trotzdem gibt es kein realistisches Konzept und keine verantwortliche Person, um die Versorgungssicherheit zu gewährleisten³.

Was ist zu tun: Angesichts der sich anbahnenden Energie-Mangellage ist unverzüglich ein Krisenstab einzusetzen (beispielsweise aus dem Bundesamt für Bevölkerungsschutz).

Weiter dringend erforderlich ist die Einsetzung eines Strom-Generals oder Strom-Delegierten. Sein Auftrag: Lösungsvarianten für eine sichere, unabhängige und kostengünstige Stromversorgung ausarbeiten. Währenddessen müssen die CO₂-Reduktionsziele zugunsten einer sicheren inländischen Energieversorgung aufgeschoben werden. Dazu gehört auch die «Gletscherinitiative» bzw. der indirekte Gegenvorschlag: Diese treiben nur die gescheiterte Energiestrategie unter neuem Deckmantel voran.

³ <https://www.svp.ch/news/artikel/referate/absehbare-strom-katastrophe-der-bundesrat-muss-sofort-handeln/>

Notfallpläne auf Tauglichkeit überprüfen

Die Bevölkerung, Unternehmen und Kantone tappen im Dunkeln. Welche Szenarien drohen? In welcher Situation treten welche konkreten Massnahmen in Kraft? Taugen die Notfallpläne kritischer Infrastrukturen? Was passiert, wenn in Deutschland der Strom ausgeht?

Was ist zu tun? Der oben erwähnte Krisenstab hat in Zusammenarbeit mit den Kantonen die Notfallpläne zu prüfen, Zuständigkeiten zu regeln und exemplarische Stress-Tests durchzuführen. Namentlich in kritischen Einrichtungen wie Spitäler, Sicherheitsorganen, Wasserversorgungen usw.

Der Bundesrat hat klare Szenarien vorzulegen: in welcher Situation treten konkret welche konkrete Massnahme in Kraft? Mit welchem Szenario rechnet der Bundesrat beispielsweise am 1. Februar?

Was passiert bei einer akuten Mangellage im Ausland (Netzabschaltung): Wie können wir den Strom-Abfluss aus der Schweiz verhindern?

Was passiert, wenn Deutschland keinen Strom mehr liefert? Riegelt die Schweiz ab und wie geht diese Abriegelung vor sich?

«Gletscher-Initiative» und Gegenvorschlag wollen Heizöl, Gas, Diesel und Benzin als Energieträger verbieten. Das heisst massiv mehr Strombedarf, obwohl wir heute schon zu wenig Strom haben!

Die Gletscher-Initiative und der Gegenvorschlag tönen sympathisch. Im Klartext verlangen die beiden Projekte aber faktisch den Ausstieg aus den fossilen Energieträgern⁴ per Gesetz. Das ist völlig unrealistisch. 59,3% des heutigen Energieverbrauchs stammen aus fossilen Energieträgern⁵. Jedes Benzinauto weniger, jede Öl-Heizung weniger, bedeutet mehr Stromverbrauch. Dabei haben wir jetzt schon explodierende Preise und Strom-Engpässe. Dieser Blindflug bedeutet das Ende des Industriestandorts Schweiz und damit ein massiver Wohlstandsverlust für die ganze Bevölkerung.

Benzin und Heizöl verbieten bei gleichzeitiger Strommangellage ist Selbstmord

Das eigentliche Ziel der Gletscher-Initiative, Netto-Null bis 2050, ist auch im Gegenvorschlag enthalten – ohne dass wir heute wissen, ob überhaupt je genügend alternative Energie, das heisst Strom, zur Verfügung steht. Dahinter stehen die gleichen utopischen Versprechungen wie bei der Energiestrategie 2050. Wir verschärfen damit den Strommangel. Zu wenig Strom heisst Chaos, Kälte, Armut, Arbeitslosigkeit und Wohlstandsverlust. Diesen volkswirtschaftlichen Selbstmord gilt es per Volksentscheid zu verhindern.

Frieren, aufs Auto verzichten und erst noch Hunderte Milliarden mehr bezahlen?

Dieser Netto Null-Wahn führt zu drastischen Umerziehungsmassnahmen: weniger Autofahren, Verbot von Verbrennungsmotoren und Flugreisen, weniger Fleischverzehr, weniger Heizen, teure Sanierungsmassnahmen der Gebäude (Isolationspflicht der Fassaden, Dämmungen des Dachs, Umrüsten der Öl-Heizungen auf Systeme, die mit Strom betrieben werden...). Berechnungen gehen von mindestens 347 Milliarden Franken aus.⁶ Wer bezahlt? Die Steuerzahler, Mieter, Hauseigentümer, die Industrie und das Gewerbe.

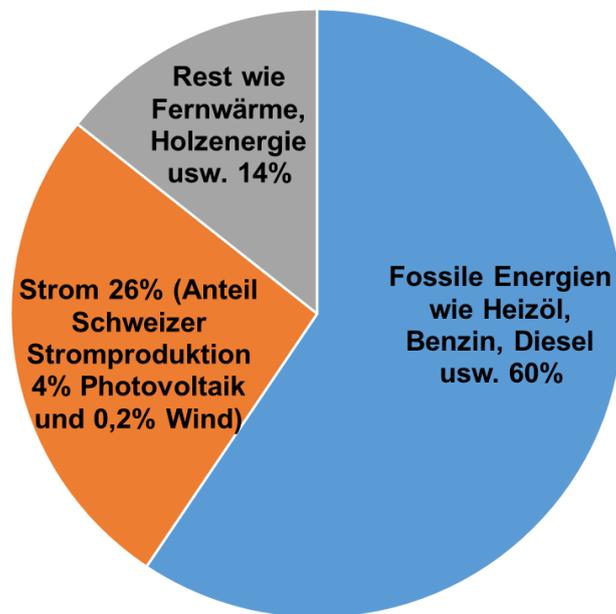
⁴ Öl-Produkte, Gas, Kohle

⁵ Schweizerische Gesamtenergiestatistik 2021

⁶ Wie viele Milliarden kostet es, die Schweiz klimaneutral zu machen? Weniger als gedacht, zeigt die Bankiervereinigung, in NZZ vom 19.08.2021; Investitions- und Finanzierungsbedarf für eine klimaneutrale Schweiz bis 2050, Studie der Schweizerischen Bankiervereinigung (SBVg) in Zusammenarbeit mit der Boston Consulting Group, August 2021.

Bis eine sichere, möglichst unabhängige und bezahlbare Stromversorgung in der Schweiz gewährleistet ist, ist die selbstmörderische Gletscher-Initiative auszusetzen. Darum hat die SVP Schweiz das Referendum gegen dieses selbstmörderische Netto-Null-Projekt ergriffen. Stattdessen soll die Schweiz alles tun, um die einheimische Stromproduktion auszubauen – ohne Technologieverbote und ideologische Verhinderungspolitik.

Endverbrauch nach Energieträger 2021



- Fossile Energien wie Heizöl, Benzin, Diesel usw. 60%
- Strom 26% (Anteil Schweizer Stromproduktion 4% Photovoltaik und 0,2% Wind)
- Rest wie Fernwärme, Holzenergie usw. 14%